

# Landeskundliche Themen und Projekte im Rahmen der Auslandsgermanistik – eine Neubestimmung

*Volker Knüfermann*

## 1. Germanistik, German Studies oder European Studies?

### 1.1 Von den Rahmenbedingungen einer Auslandsgermanistik

Europäische Sprachen haben seit längstem ihren vielleicht einmal ›selbstverständlichen‹ Stellenwert im pazifischen Raum verloren. Geopolitische Neuorientierung, Diversifizierung der Handelsbeziehungen und der Abschied von einem missionarisch verstandenen Kulturbegriff trugen das ihre dazu bei. Die Herausforderung ist unbestreitbar: Stellen wir uns ihr!

Seit mehr als einem Jahrzehnt hat Neuseeland bewußt Abschied genommen von eurozentrischer Orientierung: Im Einklang mit seinem Nachbarn Australien sieht es sich heute als Teil des Pacific Rim, als Partner der rapide an Gewicht gewinnenden Staaten Südost-Asiens sowie Japans, Chinas, Lateinamerikas, und natürlich weiterhin der USA und Kanadas. Erstaunlich ist es für einen Europäer nicht, daß Neuseelands politische Rücksichtnahmen den wirtschaftlichen folgten, eher schon ist es das Ausmaß, in dem das Land bereit war, kultur- und bevölkerungspolitische Konsequenzen daraus zu ziehen.

Regierung und Wirtschaft übernahmen dabei die Rolle des Präzeptors, propagierten mit Nachdruck den Wert asiatischer Sprachen und kapitalkräftiger asiatischer Einwanderung, und zwar mit spürbarem Erfolg: Zwar sind bis heute Jeffrey Waite's Empfehlungen von 1992 für den Entwurf einer nationalen Sprachenpolitik noch nicht von der Regierung aufgegriffen worden, obwohl sie im Auftrag des Ministers für Bildungsfragen erstellt worden waren<sup>1</sup>, zwar ist es weiterhin den Schulen überlassen, darüber zu entscheiden, ob und in welcher Form sie Sprachen im Curriculum anbieten, dennoch läßt sich insgesamt ein zunehmendes Interesse für (Fremd-)Sprachen feststellen, vor allem aber eine Diversifizierung und Verlagerung des Angebots: Lernten an den Höheren Schulen des Landes um die Mitte der 70er Jahre noch etwa 45 000 Schüler die nach angelsächsischer Tradition erste Fremdsprache Französisch, so ging die Zahl bis 1995 auf 24 000 zurück. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Japanisch-Lernenden von gut 100 auf 26 000 zu, übertraf also damit die Zahl der Französisch-Schüler, wobei der rapideste Zuwachs in die Jahre 1988–1994 fiel. Seitdem sind Mandarin, Indonesisch und Spanisch hinzugekom-

<sup>1</sup> Jeffrey Waite: *aotearoa. speaking for ourselves. A Discussion on the Development of a New Zealand Languages Policy*. Wellington 1992.

men, mit vergleichsweise noch niedrigen Zahlen. Spanisch erfreut sich allerdings zunehmender Popularität. Die Zahl der Deutsch-Schüler verdoppelte sich zwischen 1970 und 1980 von etwa 4 500 auf 9 000 und ist seitdem, bei leicht ansteigender Tendenz, weitgehend konstant geblieben<sup>1</sup>.

Die Ausrichtung auf den pazifischen Raum fand aber auch ihren Niederschlag in der Einwanderungsstatistik: Begünstigt wurden jetzt kapitalstarke Hongkong-Chinesen, Taiwanesen und Japaner, um die sich gleichzeitig vor allem Kanada und Australien bemühten: Insgesamt 60% der 54 800 Einwanderer des Jahres 1995 stammten aus asiatischen Ländern. Statistiker haben errechnet, daß bei Fortführung der gegenwärtigen Einwanderungspolitik der Anteil der europäisch-stämmigen Bevölkerung Aucklands (gegenüber den asiatisch-polynesischen Gruppen) bis zum Jahr 2015 von derzeit 63% auf 49% absinken würde. Die Reaktion darauf ließ nicht lange auf sich warten. Fragen wie die, wer die Verantwortung für die Finanzierung des Englischunterrichts der Einwanderer-Kinder trage, der Staat, die Schulen oder die Einwanderer selbst, oder ob der durch asiatische Einwanderer ausgelöste Druck auf dem (vor allem) Aucklander Wohnungsmarkt die Schuld an der restriktiven Geldmengenpolitik der Zentralbank trage, spielten schließlich der bis dahin eher marginalen New Zealand First Partei unter Winston Peters in die Hände, der binnen kurzem mit seiner Politik des »cut immigration to the bone« gut 25% der potentiellen Wählerschaft hinter sich versammeln konnte: Die National Party fand angesichts der ersten nach dem Verhält-

niswahlrecht (MMP) im Oktober 1996 stattfindenden Wahlen ihre eigene Antwort: Sie führte eine Sprachensteuer für Einwanderer ein: Seit Oktober 1995 müssen alle Familienmitglieder ab 16 Jahren, die nicht eine relativ hohe Englisch-Kompetenz (nach dem International English Language Testing System/IELTS Stufe 5) nachweisen können, \$ 20 000 hinterlegen, die verfallen, wenn nicht innerhalb eines Jahres der Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse erbracht werden kann. Diese Maßnahme führte zu einem dramatischen Rückgang an Bewerbungen aus dem asiatischen Raum und wurde weithin als pragmatische Reaktion der Regierung gesehen, die Einwanderungsdebatte zu entschärfen.

Der Versuch, sich in eine neue Identität hineinzufinden, die zwischen Commonwealth, Republik, Verhältniswahlrecht und Asien angesiedelt ist, hat vielleicht nicht zu dem geführt, was Rüdiger Görner in den Schweizer Monatsheften die »Ubiquität des Nirgendwo« nennt<sup>2</sup>, er ist aber zweifellos nicht ohne Blessuren verlaufen. Seit der Mitte der 80er Jahre hat sich die Universitätslandschaft auch in Neuseeland fundamental verändert. Während sich die Zahl der eingeschriebenen Studenten verdoppelte, reduzierte die Regierung die Mittel pro EFTS (Equivalent Full-Time Student: Rechnungseinheit für einen ›Vollzeitstudenten‹) drastisch: Ab 1999 hat jeder Student offiziell 25%, de facto etwa 28% der Kosten seines Studienplatzes zu tragen. Schon jetzt liegen die Studiengebühren zwischen \$ 2 500 und \$ 18 000 pro Jahr. Sie können zwar als Darlehen aufgenommen werden, werden aber voll verzinst und sind nach Erreichen einer sehr niedrig bemessenen

1 Quelle: Ministry of Education. Data Management. Wellington, October 1995.

2 Rüdiger Görner: »Zur Ubiquität des Nirgendwo. Oder: Kosmopolitismus als Problem«, *Schweizer Monatshefte* 76, 5 (Mai 1996), 29–33.

Lohnschwelle über eine Sondersteuer zurückzuzahlen. Angesichts dieser Situation müssen die Universitäten ihre Ausgaben vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, da zusätzliche Mittel nur über eine Erhöhung der Studiengebühren zu beschaffen wären. Universitäten stehen daher unter einem erheblichen Druck, ihre Effizienz zu steigern, vor allem aber auch, Fremdmittel für ihr tägliches Überleben aufzu bringen: Schon heute beträgt die Universitätsfinanzierung aus Regierungsmitteln in mehreren Fällen nur knapp 50%.<sup>1</sup>

Diese Entwicklung muß im Zusammenhang radikaler Reformen der neuseeländischen Wirtschaft während der letzten zehn Jahre gesehen werden. Dazu gehören unter anderem: Die Einführung einer freien Marktwirtschaft, eine weitgehende Abschaffung aller Subventionen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts (*Employment Contracts Act*) und eine Reduzierung (in Prozent des Bruttosozialprodukts) der Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales.

Damit einhergehende Reformen des Öffentlichen Dienstes haben neuseeländischen Universitäten weitgehende Autonomie verschafft: Sie können ihre eigenen Studiengebühren festlegen; Löhne und Gehälter ihrer akademischen Lehrer wie auch ihrer Verwaltungsa angestellten können frei ausgehandelt werden; Universitäten dürfen selbst entscheiden, wie sie ihre Mittel einsetzen wollen, zum Beispiel für Gebäude oder Personal; die Entscheidung über die Einführung neuer Programme, soweit sie bestimmten Qualitätskriterien entsprechen, liegt bei ihnen, und ihre Vice-Chancellors haben die Funktion eines Chief Executive, deren Leistung jährlich überprüft wird.

Aus diesen Strukturveränderungen ergeben sich nachhaltige Folgen: Universitäten stehen jetzt in einem Wettbewerbsverhältnis zueinander, sie müssen ausländische Studenten rekrutieren, die durch Gebühren, die in der Regel weitaus über denen für neuseeländische Studierende liegen, die Budgets der Institutionen aufbessern, sie haben sorgfältig darauf zu achten, daß ihre ›Kunden‹ mit ihrer Leistung zufrieden sind, daß Studienberatung, Programm-Planung und Durchführung, Doktoranden-Betreuung und Qualität der Vorlesungen und Seminare unabhängiger Überprüfung standhalten. Zu diesem Zweck wurde vom New Zealand Vice Chancellors' Committee eine unabhängige Kontroll-Instanz ins Leben gerufen, die Academic Audit Unit, die vor allem die Aufgabe hat zu überprüfen, welche Prozeduren und Mechanismen die einzelnen Institute und Universitäten eingeführt haben, um Qualität in Forschung und Lehre sicherzustellen. Die Ergebnisse dieser regelmäßig durchgeführten Revisionen werden in öffentlich einsehbaren Dokumenten publiziert.

Die produktiven Möglichkeiten, die in diesen Reformen liegen, sind erheblich. Aber es wäre naiv, die ebenfalls aus ihnen resultierenden Probleme zu übersehen: Zunehmende Unterfinanzierung, zunehmende Notwendigkeit, sich mit Rekrutierungs-, Budget- und Verwaltungsverfahren zu befassen, Verlust an Zeit, die für die Forschung zur Verfügung steht, steigende Lehrdeputate, schließlich die Gefahr, wenn erst einmal der Senat der Universitäten in Aufsichtsräte umgewandelt und deren Mitgliedschaft weitgehend von der Regierung bestimmt wür-

1 Vgl. Graeme Fogelberg: »Achieving mass education without the loss of quality: The New Zealand Experience«, *New Zealand Vice-Chancellors' Committee Newsletter* 39 (June 1996), 5–7.

de, daß die Universitäten die Autonomie über ihr Lehr- und Forschungsangebot verlieren würden, direkter Intervention von seiten des Staates ausgesetzt wären.

## 1.2 Die interdisziplinäre Perspektive: European Studies

Das bisher Gesagte läßt deutlich werden, daß eine Auslandsgermanistik, die die sprachpolitischen wie wirtschaftspolitischen Parameter bei ihren Überlegungen außer acht läßt, sie allenfalls als lästige Hintergrunderscheinungen betrachtet, die eigentlich dem Gegenstand der Germanistik gerecht werden müßten, die nicht erkennt, daß sie umgekehrt auf diese Bedingungen als ihre konstitutiven Faktoren einzugehen hätte, Schiffbruch erleiden wird.

Auf den neuseeländischen Raum bezogen heißt das unter anderem, daß die europäischen Sprachen eine politische Rolle übernehmen müssen, daß sie Europa als Konzept ins Bewußtsein von Politikern und Gesellschaft rücken müssen. Aneurin Hughes, in Canberra und Wellington akkreditierter Leiter der Europäischen Kommission, formulierte den Sachverhalt anlässlich einer Rede, die er am 8. Mai 1996, dem Europa-Tag, vor dem Nationalen Presse-Club in Canberra hielt, folgendermaßen: Entwicklungen in Europa, so sagte er, hätten für Australien profunde Implikationen, doch den Australiern diese Tatsache zu verdeutlichen, komme dem Versuch gleich, »to shovel smoke«:

»From the Australian perspective it seemed to me that there was real difficulty in seeing Europe as Europe – a strong single market of 370 million people, rather it was at best a partnership of nations. Official Australian statistics in the past tended to reflect this, listing Australia's top markets in terms of bilateral trade with individual Member States rather than aggregating them for the whole of the EU, whereas for trade and growth potential with Asia and APEC, sta-

tistics tend to be aggregated albeit that they are far looser aggregations than the Union«.

Sonst recht gut informierte Neuseeländer reagieren ähnlich mit Erstaunen, wenn sie hören, daß Neuseeland 16% seiner gesamten Exporte in die Europäische Union schickt, daß Europa, einschließlich seiner Direkt-Investitionen, einer der wichtigsten Wirtschaftspartner Neuseelands ist, neben Australien, Japan und den USA.

Paradoxon: Gerade die größere relative Vertrautheit mit den Ländern des alten Europa, mit ihren Sprachen und Kulturen, scheint den Zugang zur europäischen Realität als Ganzes zu verstellen, läßt die Fremdheit des Asiatischen andererseits zu monolithischer Geschlossenheit verschmelzen.

Hier gilt es Aufklärungsarbeit zu leisten: In Schulen, Universitäten, bei Elternabenden, in Radiovorträgen, auf Konferenzen, im Gespräch mit ›Multiplikatoren‹. Ob wir es mögen oder nicht: Die Frage der ›Relevanz‹ des Deutschen wird gestellt werden, von Eltern, Lehrern, Schülern und Studenten: Es ist an uns, sie zu beantworten. Und wir können uns dabei nicht auf unser kulturelles Selbstverständnis beschränken.

Auf *Department-Ebene* definiert sich unser Fach in Waikato deshalb heute bewußt als German Studies im Kontext europäischer Orientierung. Neben Sprach- und Literaturkursen bieten wir heute auf jeder Jahrgangsstufe sowohl des Undergraduate als auch des Graduate Programms Kurse an, die Deutschland im europäischen Kontext zum Gegenstand haben: Sie reichen von ›Contemporary Germany‹ (I) über ›The German State and the Media‹ (II) und ›Contemporary German and European Issues‹ (III) zu Projektstudien über Fragen der Bildungs-, Einwanderungs- oder Sprachenpolitik (IV/V). Alle Kurse, mit

Ausnahme des ersten Jahres, werden auf Deutsch abgehalten und erfordern extensive Lektüre sowie schriftliche deutsche Arbeiten. Studenten recherchieren dabei sowohl traditionell Bibliotheksmaterial als auch über das Internet. Gerade dieses Medium bietet dabei eine günstige Möglichkeit, gemeineuropäische Themen wie z. B. Fragen der Einwanderungspolitik, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion oder europäischer integrierter Studiengänge aus multinationaler Perspektive zu beleuchten. Der Kurs ›Contemporary German and European Issues‹ (III) wurde dabei über mehrere Jahre hinweg als Modell für ein noch umzusetzendes interdisziplinär angelegtes und professionell orientiertes European Studies Programm erprobt. Er umfaßt vier Komponenten: Politik, Wirtschaft, Kultur und Soziales, die im Verlauf eines Jahres wiederholt thematisiert und vernetzt werden. Sowohl Studenten der Fachrichtung International Management als auch solche der Geisteswissenschaften haben diesen Kurs begeistert angenommen: Die Prüfungsergebnisse belegen, daß sowohl ihre sprachliche Kompetenz in diesen Bereichen als auch ihre Fähigkeit, europäische Ereignisse zu kommentieren und in Beziehung zu neuseeländischen Entwicklungen zu setzen, erhebliche Erweiterung erfährt.

Mit der Schaffung des *Department of European Studies*, in dem sich die europäischen Sprachen ab 1997 zusammenschließen, wird diese Entwicklung einen Schritt weitergetrieben. Politische, administrative wie akademische Erwägungen spielen bei dieser Entscheidung eine Rolle. Die von Aneurin Hughes beschriebene australische Schwierigkeit, ›Europa‹ zu denken, spiegelt sich noch im neuseeländischen Hochschulbereich wieder. Als Erstgeborene bestanden die europäischen Sprachen lange Zeit hindurch auf

ihrer jeweiligen Identität als French/Romance Languages bzw. German/Germanic Languages Departments. Mit der Bildung der East Asian Languages Departments, die in der Regel mehrere Sprachen vertreten, und besonders im Zusammenhang mit deren rascher Zunahme an Studenten während der 80er Jahre, erwuchs ihnen ein nicht ungefährlicher Konkurrent, und zwar auf Verwaltungsebene: Die vergleichsweise niedrigeren Einschreibungszahlen in den einzelnen europäischen Sprachen schienen die Thesen der Politiker zu bestätigen, daß es an der Zeit sei, sich als ›asiatische Nation‹ (sic) zu verstehen und die Ressourcen entsprechend umzuleiten: Die Formierung des Department of European Studies schafft hier ein Gegengewicht, eine Realität, die sich nicht zuletzt in finanzpolitischen Diskussionen bewähren wird. Entscheidende Vorteile dieses Schritts liegen aber darüber hinaus in der Möglichkeit gemeinsamer Programmplanung, gemeinsamer Entwicklung von Marktstrategien wie gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit.

Als dritter Schritt ist schließlich die Einführung eines *Integrierten Studienprogramms in European Studies* vorgesehen: Nach dem Modell des bereits erläuterten Kurses ›Contemporary German and European Issues‹ wird es diesmal die vier Fachbereiche Geschichte/Politik – Sprachen – Wirtschaftswissenschaften und Kulturwissenschaften verbinden. Im Rahmen der bestehenden Bestimmungen zur Erlangung eines Bachelor-Grades können Studenten sich ihr Hauptfach aus einem dieser Fachbereiche wählen, sind aber weiterhin verpflichtet, alle anderen Fachbereiche mit einer gewissen Mindest-Kurszahl zu belegen. Programme auf der Graduate Stufe werden sich daran anschließen. Alle Fachbereiche werden zu diesem Zweck verbindliche Grundkurse mit euro-zentrischer Orientie-

tierung zu erstellen haben. Alles deutet darauf hin, daß gerade die striktere professionelle Ausrichtung dieses Programms von der Studentenschaft wie auch potentiellen Arbeitgebern besonders begrüßt werden wird.

### 1.3 Zur Funktionalität des Fachs Deutsch

Robert Picht konstatierte bereits vor gut zehn Jahren, daß »der heute mit einer nie in der Geschichte erlebten Intensität geführte internationale Austausch sich weitgehend unter Ausschluß der Philologien« vollziehe. Die Schuld daran weist er aber den Philologien selbst zu, die der Bedeutung der Kommunikationsfähigkeit im internationalen System nicht den ihr zukommenden Stellenwert einräumten. Gerade aber in der »Umsetzung derartiger prinzipieller Erkenntnisse in Interpretation und Lehre« müßten die Fremdsprachenphilologien eine ihrer wichtigsten Aufgaben erkennen. Sie müßten sich daran messen lassen,

»ob sie jenem Bildungsanspruch gerecht werden können, der nicht mehr ein abgestanden musealer ist, sondern der gerade deshalb in erheblichem Ausmaß historische, literarische und kulturvergleichende Elemente enthalten muß, weil die konkreten internationalen Beziehungen der heutigen Welt ohne ihre geschichtlichen und kulturellen Dimensionen unverständlich bleiben«<sup>1</sup>.

Ich möchte diesen Sachverhalt mit dem Begriff der Funktionalität des Fachs Deutsch umschreiben. Ganz im Sinne linguistischer und hermeneutischer Ein-

sichten konstituiert sich der Gegenstand unseres Fachs erst im Prozeß des Verstehens: Das heißt dann aber auch, daß die Aufgabe unseres Fachs sich nicht auf die ›Verkündigung‹ des Corpus deutscher Literatur beschränken kann, sondern Ernst machen muß mit der Erforschung und Einbeziehung jeweils verschiedener sozialer und geschichtlicher Produktions- und Rezeptionsfelder.

Die Funktionalität des Fachs Deutsch heißt aber noch etwas anderes: Jeffrey Waite formuliert es einmal lakonisch in folgender Weise:

»While for a few people«, so sagt er, »knowledge of a language can be an end in itself, for all of us it is more importantly a means to other ends.«<sup>2</sup>

Auf die Praxis unseres Fachbereichs bezogen bedeutet das, daß die Beschränkung der (Auslands-)Germanistik auf den Bereich der Literatur- und Sprachvermittlung zwar historisch erklärbar, aber nicht notwendig oder gar zwingend ist. So wie die Sprache eines jeden Landes neben der kulturellen gleichzeitig eine soziale und wirtschaftliche Dimension hat, also in ihrer Gesamtheit ›gelesen‹ werden muß und erst aus dieser Gesamtheit heraus verständlich wird, sollte die (Auslands-)Germanistik diese Polyfunktionalität bewußt akzeptieren und curricular umsetzen. Das würde sie schlagartig der Rechtfertigungswänge entheben und Wierlachers Forderung erfüllen, daß unser Fach »berufsfeldproduktiv« werden müsse<sup>3</sup>.

1 Robert Picht: »Internationale Beziehungen. Zukunftsperspektiven einer interkulturellen Germanistik«. In: *Das Fremde und das Eigene. Prolegomena zu einer interkulturellen Germanistik*. Hrsg. von Alois Wierlacher. München: iudicium, 1985, 140–150.

2 Jeffrey Waite: *aotearoa*, 12.

3 Alois Wierlacher: »Deutsch als Fremdsprache. Zum Paradigmawechsel internationaler Germanistik«. In: *Fremdsprache Deutsch 1. Grundlagen und Verfahren der Germanistik als Fremdsprachenphilologie*. Hrsg. von Alois Wierlacher. 2 Bände. München: Fink, 1980 (UTB 912/913), 19.

Daß die Frage der Berufsfeldproduktivität des Fachs nur allzu real ist, weiß jeder Auslandsgermanist, und mittlerweile nicht nur er. Eltern machen von ihr oft ihre Entscheidung darüber abhängig, ob ihre Kinder Deutsch, Japanisch oder Maori lernen sollen, Boards of Trustees bestimmen aus ähnlichen Erwägungen heraus, welche Sprachen an ihrer Schule ein- oder fortgeführt werden sollen, angehende Sprachlehrer können nicht nur ihrer Neigung folgen, sondern haben sorgfältig ihre späteren beruflichen Überlebenschancen in einem System zu bedenken, das keine Verbeamtung kennt und allein vom Markt gesteuert wird<sup>1</sup>.

## **2. Landeskundliche Projekte im Rahmen der Graduate Studies**

### **2.1 Das Beispiel »Language Assistance for New Settlers. A study of language issues in immigration and resettlement policy in New Zealand and Germany«**

Eine Antwort auf diese Frage liegt zweifellos in integrierten Studiengängen, wie sie bereits vielfach von Studenten gewählt werden, sei es im Rahmen eines International Management oder International Science Programms oder in Form von ›combined degrees‹ (BA / LLB). Wenn wir die Funktionalität unseres Fachs ernstnehmen, liegen aber schon in ihm selbst erhebliche Möglichkeiten. In Ergänzung unseres Angebots an Sprach- und Literaturkursen haben wir so seit einigen Jahren auf der Graduate Stufe gezielt nicht-literarische Projektarbeiten gefördert, mit hervorragenden Resultaten. Ausgangspunkt für sie sind einmal die auf der Undergraduate Stufe erworbene sprachlich-kulturelle Kompetenz,

zum andern eine Bestimmung derjenigen Bereiche, in denen sich neuseeländische und deutsche gesellschaftliche Interessen berühren. Der komparatistische Ansatz stellt ein Doppeltes sicher: Er kommt dem Erkenntnisinteresse der Studenten entgegen und ermöglicht es ihnen gleichzeitig, die Resultate ihrer Untersuchungen produktiv in ihr gesellschaftliches Umfeld einzubringen.

Am Beispiel: Aufbauend auf ihre Einführung in Fragen der Europäischen Union im Rahmen des Kurses im dritten Schuljahr »Contemporary German and European Issues« und im Kontext jüngster kontroverser Maßnahmen der neuseeländischen Regierung auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik verfertigte im vergangenen Jahr eine meiner Magister-Studentinnen eine umfangreiche Arbeit zum Thema »Language Assistance For New Settlers. A study of language issues in immigration and resettlement policy in New Zealand and Germany«<sup>2</sup>. Zu diesem Zweck waren erhebliche Vorarbeiten erforderlich: Deutsche wie neuseeländische Regierungsstellen, regionale Behörden oder private Träger waren zu identifizieren, die sich mit dieser Frage befassen, umfangreiches Material war zu beschaffen und zu sichten, es galt, Interviews vorzubereiten und durchzuführen, schließlich waren die Untersuchungsergebnisse zu Papier zu bringen.

Nur kurz sei das Projekt skizziert: Im Gegensatz zu einer relativ gut ausgebauten Infrastruktur für die sprachliche Integration von ›Einwanderern‹ in der Bundesrepublik Deutschland fehlt in Neuseeland weitgehend jegliche Koordination von Seiten der Regierung. Ausgehend von einigen methodologischen Überle-

1 Vgl. Volker Knüfermann: »Study Programmes and Career Opportunities for Language Students«, *New Zealand Language Teacher* 19, 2 (1993), 69–73.

2 Michelle McGillivray: *Language Assistance for New Settlers. A study of Language issues in immigration and resettlement policies in New Zealand and Germany*. Hamilton 1996.

gungen sowie einer knappen Erörterung der Assimilations-, der Integrations- und Multikulturalitäts-Theorien entschied sich die Kandidatin daher dafür, beide Länder getrennt zu behandeln.

Zu Neuseeland wurden folgende Hauptgesichtspunkte untersucht:

- I. Language Policy
- II. Language and Immigration
- III. Immigration and Language Assistance
- IV. ESOL Support in Education
- V. Community Language Maintenance and Interpreting and Translation Services.

Das Kapitel Deutschland folgte im wesentlichen diesen Überschriften, wobei Sektion I (Germany – an Immigration Nation?) die komplexe Realität von fehlender Einwanderungspolitik bei gleichzeitig massiver Einwanderung darlegte. Jedem Kapitel folgten Empfehlungen zur Verbesserung gegenwärtiger Praxis. Um eine möglichst breite Wirkung zu erzielen, wurde die Untersuchung auf Englisch verfaßt.

Das Projekt erwies sich als äußerst produktiv, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

1. Wissenschaftlich gesehen belegte die Kandidatin mit dieser Arbeit, die spezifische sprachlich-kulturelle Kompetenz erforderte, ihre hervorragenden Forscherqualitäten.
2. Im Verlauf ihrer Recherchen wurde sie mit den einschlägigen Systemen und Ämtern vertraut und lernte Menschen kennen, die in diesem Bereich arbeiten, sei es in Behörden, im Flüchtlingszentrum Auckland oder im Rahmen einer freiwilligen kirchlichen Hilfsorganisation.
3. Das wiederum führte zu mehrfachen Vortrags-Einladungen, zu Gesprächen u. a. mit der Oppositionsführerin der neuseeländischen Labour Party, zu

stellvertretender Tätigkeit in der Einwanderer-Beratung.

4. Es sensibilisierte die Kandidatin mit Sicherheit für Fragen, die bei anschließenden Auswahlgesprächen für eine Position im Neuseeländischen Auswärtigen Dienst thematisiert wurden. Mit Stolz vermerkte die erfolgreiche Kandidatin, daß sie ihre Anstellung als einzige Bewerberin aus den Geisteswissenschaften gerade auf ihre europäischen Studien im Rahmen der Deutschen Abteilung zurückführt.
5. Es verschaffte der Deutschen Abteilung unserer Universität erhebliche Resonanz, im akademischen wie im öffentlichen Bewußtsein.

## **2.2 Das Beispiel »Schüleraustausch-Evaluierung«**

Als praktische Maßnahme zur Förderung des Fachs Deutsch in Neuseeland initiierte die Deutsche Abteilung meiner Universität vor sieben Jahren ein neu-seeländisch-deutsches Sekundarschul-Austauschprogramm mit ursprünglich zwei, heute drei Bundesländern. Etwa 230 Schüler nehmen jährlich daran teil, und das heißt, daß allein durch dieses Programm in einem Land von gut 3,6 Millionen Einwohnern jedes Jahr etwa 1000 Neuseeländer auf die produktivste Weise mit dem Phänomen Deutsch in Berührung gebracht werden: Durch persönliche Begegnung. Die Auswirkungen sind nachhaltig: Lehrer berichten übereinstimmend davon, daß Schüler das Fach nicht mehr so häufig abwählen, Eltern und Schulen werden allein durch die sichtbare Präsenz des Deutschen aufmerksam, und der Anteil derjenigen, die bereits vor Antritt ihres Studiums an der Universität Deutschland-Erfahrungen gemacht haben, steigt ständig.

Da alle Schüler nach Abschluß des Austauschs einen Fragebogen auszufüllen haben, lag es nahe, nach mehreren Jahren

dieses Material auszuwerten.<sup>1</sup> Ziel der Untersuchung war die Bestimmung

- a) der unmittelbaren Schüler-Reaktionen auf die Begegnung mit der ›fremden‹ Gesellschaft und Kultur,
- b) des Langzeiteinflusses dieses Austauschs sowie
- c) der daraus ableitbaren Empfehlungen für die Austausch-Vor- und Nachbereitung durch Lehrer und Organisatoren.

Als besonders produktiv erwies sich in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß das Bayerische Kultusministerium kurz darauf ebenfalls ein größeres Projekt zum Thema Austausch-Evaluierung ins Auge faßte und Waikato in diese Untersuchung mit einbezog. Die neuseeländische Magister-Studentin, die für dieses Projekt optierte, ist selbst ehemalige Austauschschülerin.

Entsprechend der Zielsetzung gliedert sich die Arbeit in

- a) einen Überblick über Konzeption und Zielsetzung der wichtigsten deutsch-neuseeländischen Austauschprogramme,
- b) die Auswertung der jeweils nach Durchführung des Waikato-Austauschs ausgefüllten Schüler-Fragebögen zu Deutschlandbild, Selbsterfahrung, Veränderung oder Konstanz von Leitbildern,
- c) die Auswertung eines den ehemaligen Teilnehmern 1996 zugesandten Fragebogens, der besonders auf die Untersuchung der Langzeitfolgen eines derartigen Austauschs gerichtet ist, schließlich
- d) die Erstellung von Empfehlungen an Lehrer und Organisatoren für die Op-

timierung der Vor- und Nachbereitung unserer Austauschprogramme.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung stehen noch aus. Fest stehen aber bereits jetzt: die Motiviertheit der Kandidatin als ehemaliger Austauschteilnehmerin, die wissenschaftliche Relevanz des Projekts als einer Komponente internationaler Austausch-Evaluation sowie die unmittelbare Anwendungsbezogenheit der Ergebnisse.

### **2.3 Das Beispiel »German in New Zealand Secondary Schools«**

Gegen den Hintergrund eines von mir durchgeführten DaF-Kurses über »Rahmenbedingungen des Fremdsprachenstudiums in Neuseeland. Zur Situation des Deutschlehrers im Ausland« äußerte eine meiner Magister-Studentinnen, die selbst gern in den Lehrberuf gehen möchte, den Wunsch, eine umfassende Untersuchung über »Deutsch in neuseeländischen Sekundarschulen« anzufertigen<sup>2</sup>. Wieder stand am Anfang der Arbeit eine konkrete Begründung: So sollte nicht nur eine Bestandsaufnahme des Fachs geliefert werden, sondern es galt, Defizite der verschiedensten Art zu identifizieren und Vorschläge zu ihrer Behebung zu formulieren. Fragen umfaßten daher ein weites Spektrum, von der jeweils an den Schulen vorherrschenden Sprachenpolitik über Marktstrategien für Deutsch, Kontakte zu Universitäten und Deutschland bis hin zur Perzeption des Fachs Deutsch aus der Perspektive der Schüler. Im Rahmen dieses Projekts wurden im Juni 1995 drei Fragebögen entwickelt, je einer für Lehrer wie für Schüler der Klassen 4 und 7. Sie wurden an knapp ein Viertel aller deutschlehrenden Schulen

1 Michelle Leuenberger: *The New Zealand/German Secondary School Student Exchange of the University of Waikato. An Evaluation*. Hamilton 1996.

2 Joanne Baker: *German in New Zealand Secondary Schools. A Research Report*. Hamilton 1996.

des Landes versandt. Lehrer- wie Schülleraktionen waren durchweg konstruktiv, oft enthusiastisch: Allein die Tatsache, daß hier in systematischer Weise ihre Belange aufgegriffen wurden, wurde von allen begrüßt.

Die an die Lehrer gerichteten Fragen konzentrierten sich vor allem auf

- a) die Sprachenpolitik der jeweiligen Schule (Stellenwert der Fremdsprachen im Schulkonzept, Zahl der angebotenen Sprachen, Modi der Einführung in Klasse 3 und 4 der Höheren Schulen);
- b) PR-Initiativen der Schule bzw. des Lehrers/der Lehrerin (welche Gruppen wurden regelmäßig angesprochen, welche Sprecher wurden eingesetzt, welches PR-Material wurde verwandt?);
- c) Fragen von Methodik, Didaktik und Lehrmaterial sowie insbesondere
- d) Fragen nach der produktiven Umsetzung des Schüleraustauschs für den Unterricht.

Fragen an die Schüler betrafen unter anderem:

- a) die Gründe für das Erlernen des Deutschen;
- b) den Grad der Informiertheit über den relativen Stellen- und Nützlichkeitswert verschiedener Sprachen;
- c) ihre Vorschläge für eine effizientere Vermarktung des Fachs Deutsch;
- d) die Rolle von Austauschprogrammen für die Wahl von Studiengängen sowie
- e) Wünsche bezüglich einer wirksamen Studienplanung.

Auch dieses Projekt erwies sich als eminent fruchtbar:

1. Die Verfasserin, bereits durch ihre Berufswahl motiviert, erhielt wertvolle Einsichten in die schulische Situation des Fachs Deutsch, die sie befähigen werden, gezielt und konstruktiv in ihrer zukünftigen Arbeit vorzugehen.

2. Durch dieses Projekt wurde sie zu einer gefragten Ansprechpartnerin für Lehrer unseres Fachs: Mehrere Einladungen zu Gesprächen und Hospitationsbesuchen belegen das.

3. Konkrete Vorschläge unter anderem zum Einsatz von Graduate Students im Sekundarschulbereich sowie zur Erstellung von Informationsmaterial für Schüler verschiedener Altersgruppen, Eltern und Boards of Trustees werden die Basis weiterer Projekte bilden.

### **3. Ausblick**

Das Feld für derartige Projektarbeiten ist weit: Für 1997 denken wir daran, Kontakte mit neuseeländischen Behörden, Institutionen und Organisationen aufzubauen, um für sie im Rahmen unseres Graduate Studies Programms Kontakt-Forschung durchzuführen, die ein Doppeltes erfordert: Kenntnis deutscher Sprache, Kultur und Gesellschaft wie der Neuseeländs. Für unsere Studenten und ihr Selbstbewußtsein (aber vielleicht nicht nur ihres) bedeutet das einen quantitativen Sprung: Plötzlich erfahren sie, daß ihrem Fach in den Augen ihrer Kommilitonen, der akademischen Kollegen wie auch der Öffentlichkeit ein bedeutsamer Stellenwert beigegeben wird, vor allem aber erleben sie, daß sich ihnen ein Berufsfeldspektrum eröffnet, das vorher jenseits ihrer Grenzen zu liegen schien. Es mag paradox erscheinen und ist doch nicht ganz überraschend: Nach Einführung dieser Projekte ist sowohl auf der Undergraduate als auch auf der Graduate Stufe ein neues, fast möchte ich sagen genuineres Interesse an Literatur erwacht, da sie auf einmal als notwendiges Korrelat zu landeskundlich-gesellschaftlicher Thematik erfahren wird: So legte mir vor kurzem unsere studentische Fachschaftsvertretung spontan zwei Entwürfe für zukünftige Literaturkurse im

Fach Deutsch vor, ein Novum in der Geschichte unserer Abteilung.

Es sei noch einmal an Jeffrey Waites lakonische Äußerung erinnert:

»While for a few people«, so sagte er, »knowledge of a language can be an end in itself, for all of us it is more importantly a means to other ends«.

Das bedeutet nicht den Abschied vom literarisch-kulturellen Anspruch unseres Fachs, wohl aber den Abschied von einer unkritisch übernommenen Vorstellung, daß Germanistik, vor allem die Fremdsprachegermanistik, identisch sein muß

mit ausschließlicher Vermittlung von Sprache und Literatur.

Zu einer Zeit, in der besonders die europäischen Sprachen ihre eigene Daseinsberechtigung begründen müssen, in der auch im neuseeländischen Hochschulwesen die Ideologie des ›downsizing‹ und ›shareholder value‹, also die These vom Primat des Wirtschaftlichen, mehr und mehr Einzug hält, kann sich durchaus das Gefühl der Krise einstellen. Aber vergessen wir nicht: In Krisen liegt immer die Möglichkeit zu neuem Beginn, zu neuer Produktivität.